

### Wasser und Sicherheit: Zwischen Konflikt und Kooperation

Fröhlich, Christiane

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fröhlich, C. (2021). Wasser und Sicherheit: Zwischen Konflikt und Kooperation. *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 71(12), 33-37. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-86541-1>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

# WASSER UND SICHERHEIT

## Zwischen Konflikt und Kooperation

*Christiane Fröhlich*

Wasser ist eine existenzielle Ressource. Sie ist essenziell für die sozioökonomische Entwicklung, gesunde Ökosysteme und das menschliche Überleben im Allgemeinen. Industrialisierung, wachsende Nachfrage, Übernutzung und Degradation (Verschlechterung) von Böden sowie die Folgen des Klimawandels setzen die Süßwasserressourcen jedoch zunehmend unter Druck. So ist der weltweite Wasserverbrauch laut UN-Water, einer Unterorganisation der Vereinten Nationen, seit den 1980er Jahren um etwa ein Prozent pro Jahr gestiegen, und ein Ende ist nicht in Sicht. Daher wird die Liste der Regionen, die unter unzureichender Wasserversorgung leiden, immer länger.<sup>01</sup> Weltweit leben derzeit über zwei Milliarden Menschen in Staaten, die unter starkem Wasserstress leiden, und vier Milliarden leiden an mindestens 30 Tagen im Jahr unter schwerer Wasserknappheit.<sup>02</sup>

In Anbetracht dieser Zahlen scheint es logisch, dass der Zugang zu adäquaten Wasserressourcen oft als eine Frage der Sicherheit angesehen wird, insbesondere in Regionen, in denen Wasserknappheit mit einer von Konfrontation geprägten politischen Atmosphäre einhergeht und in denen Wasser (oder dessen Knappheit) instrumentalisiert werden kann, um politische Macht zu erlangen beziehungsweise zu erhalten. Als besonders bedeutend gelten solche Dynamiken in sogenannten Wassereinzugsgebieten, also Flächen, unter denen sich das Grundwasser bildet, oder auch solche, die von einem fließenden Gewässer entwässert werden. Sie bedecken etwa die Hälfte der Erdoberfläche, und in ihnen leben rund 40 Prozent der Weltbevölkerung. Hier haben benachbarte Staaten oft unterschiedliche Interessen in Bezug auf Wassernutzung und -verteilung, und wirtschaftliche Unabhängigkeit und Selbstversorgung werden in einem konfrontativen politischen Klima als Schlüssel für die nationale Sicherheit und als Mittel zur Verringerung der Abhängigkeit von potenziell feindlichen Nachbarstaaten angesehen.

Entsprechend wurde Wasser in der Vergangenheit oft als eine Ressource angesehen, um die zwischenstaatliche Konflikte ausgetragen werden (können), und die auf bereits bestehende Konflikte Einfluss nehmen kann. Die damit verbundene, weit verbreitete Sorge, dass regelrechte Kriege um Wasser geführt werden könnten, ist zwar inzwischen durch die internationale Forschung zu Wasserkonflikten für unbegründet erklärt worden – Forscher:innen weltweit sind sich darin einig, dass internationale militärische Auseinandersetzungen um Wasser eher unwahrscheinlich sind –,<sup>03</sup> hat aber wohl die viel dringenderen Probleme überschattet, die abnehmende Wasserressourcen und wachsende Knappheit auf lokaler Ebene bereits heute verursachen.

Denn Wasser ist aufgrund seines existenziellen Charakters eine Ressource, durch die Machtungleichgewichte innerhalb und zwischen gesellschaftlichen Gruppen unmittelbar sichtbar und potenziell auch verstärkt werden, was wiederum innerstaatliche Konflikte begünstigen kann. Mit steigendem Wasserbedarf, wachsender Wasserknappheit in vielen Weltregionen und zunehmenden Restriktionen beim Zugang zu Wasser laufen Menschen, die in Bezug auf Ressourcenzugang, Einkommen und Macht ohnehin marginalisiert sind, Gefahr, auch ihre verbleibenden, oft schon unzureichenden Wassernutzungsrechte zu verlieren. Wasser und der Zugang dazu können auf diese Weise Spannungen sowie Ungleichheiten und Verwundbarkeiten auf der Ebene von Gemeinschaften und Haushalten verstärken.

Während sich also das Risiko eines „Wasserkriegs“ zwischen Staaten als eher gering erwiesen hat – die Mechanismen der Diplomatie und Verhandlung sind gut entwickelt und effizient bei der Reduzierung des Risikos eines (gewaltsamen) Konflikts –, sind innerstaatliche Konflikte um knappe Wasserressourcen bereits recht häufig vorgekommen. Um nur einige Beispiele zu nennen: In verschiedenen Weltregionen werden Bauern und

Bäuerinnen in überbevölkerte urbane Zentren gedrängt, weil Großstaudämme, zum Beispiel im Irak, in Syrien und in der Türkei, die Durchflussmenge zentraler Flüsse erheblich reduzieren. Syrische Landwirt:innen aus dem Norden des Landes erlebten zwischen 2006 und 2009 eine extreme Dürreperiode, die zu verstärkter Wüstenbildung führte und die ohnehin knappen Wasserressourcen des Landes zunehmend unter Druck setzte; außerdem trug sie zu internen Migrationsbewegungen bei.<sup>04</sup>

Solche Beispiele in Kombination mit den immer sichtbarer werdenden Auswirkungen des Klimawandels haben dazu beigetragen, dass Sicherheit in den vergangenen Jahren zu einem Schlüsselbegriff und zentralen Paradigma in Bezug auf Wasser geworden ist. Auf der Suche nach einem besseren Verständnis der Beziehung zwischen Wasser und Sicherheit hat sich die Umweltkonfliktforschung in den zurückliegenden 15 Jahren jedoch deutlich weiterentwickelt und differenziert, insbesondere mit Blick auf Wasser als Konfliktursache, Arten von wasserbezogenen Konflikten und die Bedeutung von Wasser für friedliche Konfliktlösung.

### WASSER ALS KONFLIKTURSACHE?

Die Forschung analysiert Wasserverfügbarkeit und ihre Auswirkungen auf Konflikte hauptsächlich mit Blick auf drei Wege: direkt, indirekt und als „Bedrohungsmultiplikator“.<sup>05</sup>

**01** Vgl. Allan Lavell et al., *Climate Change: New Dimensions in Disaster Risk, Exposure, Vulnerability, and Resilience*, in: Christopher B. Field et al. (Hrsg.), *Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation. A Special Report of Working Groups I and II of the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)*, Cambridge–New York 2012, S. 25–64.

**02** Vgl. UN Water, *World Water Development Report 2019*, 18.3.2019, [www.unwater.org/publications/world-water-development-report-2019](http://www.unwater.org/publications/world-water-development-report-2019).

**03** Vgl. Shim Yoffe/Aaron T. Wolf/Mark Giordano, *Conflict and Cooperation Over International Freshwater Resources: Indicators of Basins at Risk*, in: *Journal of the American Water Resources Association* 5/2003, S. 1109–1126; Anna Kalbhenn, *Liberal Peace and Shared Resources – A Fair-Weather Phenomenon?*, in: *Journal of Peace Research* 6/2011, S. 715–735.

**04** Vgl. Christiane Fröhlich, *Climate Migrants as Protestors? Dispelling Misconceptions about Global Environmental Change in Pre-Revolutionary Syria*, in: *Contemporary Levant* 1/2016, S. 38–50.

**05** Vgl. Ore Koren/Benjamin E. Bagozzi/Thomas S. Benson, *Food and Water Insecurity as Causes of Social Unrest: Evidence from Geolocated Twitter Data*, in: *Journal of Peace Research* 1/2021, S. 67–82.

Auf dem ersten Weg entstehen Konflikte als unmittelbare Reaktion auf die Auswirkungen eines Stressors. Zum Beispiel kann Wasserknappheit zu stark abnehmenden Erträgen in der Landwirtschaft führen. Dies schränkt die verfügbare Menge an Nahrungsmitteln in städtischen Gebieten ein, was zu einem Mangel führen und die Preise für Grundnahrungsmittel erhöhen kann. Hier wird von Wasserknappheit als Ausgangspunkt für wasserbezogene Konflikte ausgegangen, abhängig von der jeweiligen Anpassungsfähigkeit einer Gruppe oder Gesellschaft. Unterbrechungen der regulären Wasserversorgung durch staatliche oder private Akteur:innen in Dürrezeiten, seien sie kurzfristig (wenige Stunden) oder regelmäßig, können ebenfalls die Lebensgrundlage belasten und zu enttäuschten Erwartungen führen, die wiederum in sozialen Konflikten münden können.

Die Auswirkungen von Umweltstress sind jedoch viel häufiger indirekt und stark kontextabhängig.<sup>06</sup> In solchen Fällen ist nicht etwa Wasserknappheit der direkte Grund für die Mobilisierung von Menschen, sondern Regierungen, die es nicht schaffen, die Folgen von Wassermangel wirksam zu bearbeiten. Gegenstand des öffentlichen Unmuts ist in diesem Szenario also nicht der Umweltstress selbst, sondern eine Regierung und ihre Ineffektivität. Ein Beispiel ist Syrien, wo die Untätigkeit der Regierung von Bashar al-Assad in Bezug auf die erwähnte extreme Dürreperiode ab 2006 zu einem der zahlreichen Gründe wurde, die Syrer:innen 2011 zu Protesten auf die Straßen trieben.<sup>07</sup>

Schließlich kann Umweltstress als Bedrohungsmultiplikator wirken, der bestehende Konflikte verschärft, indem er Akteur:innen, die bereits unter Druck stehen, weiter belastet.<sup>08</sup> Manche Studien kommen etwa zu dem Ergebnis, dass Dürren während der Vegetationsperiode bewaffnete Konflikte in Afrika und Asien wahrscheinlicher machen, allerdings nur bei landwirt-

**06** Vgl. Ole Magnus Theisen/Nils Petter Gleditsch/Halvard Buhaug, *Is Climate Change a Driver of Armed Conflict?*, in: *Climatic Change* 3/2013, S. 613–625.

**07** Vgl. Tobias Ide, *Climate War in the Middle East? Drought, the Syrian Civil War and the State of Climate-Conflict Research*, in: *Current Climate Change Reports* 4/2018, S. 347–354.

**08** Vgl. Jürgen Scheffran/Tobias Ide/Janpeter Schilling, *Violent Climate or Climate of Violence? Concepts and Relations with Focus on Kenya and Sudan*, in: *The International Journal of Human Rights* 3/2014, S. 369–390.

schaftlich abhängigen und politisch bereits ausgegrenzten Gruppen.<sup>09</sup> Dies illustriert, wie wichtig hier der jeweilige Grad an Vulnerabilität (Verletzlichkeit) und Resilienz (Widerstandsfähigkeit) einer betroffenen Gruppe ist. Wer aufgrund der eigenen sozialen Positionierung von Umweltveränderungen und Extremereignissen nachteilig betroffen und nicht fähig ist, sich von diesem Schaden zu erholen, gilt als vulnerabel und wenig resilient.<sup>10</sup> Vulnerabilität und Resilienz sind dabei intersektional, werden also durch soziale Marker wie gesellschaftliche Schicht, Geschlecht oder Ethnizität beeinflusst – zum Beispiel kann eine Frau, die einer niedrigeren sozialen Schicht und einer gesellschaftlich marginalisierten Gruppe angehört, sehr viel stärker von Wasserknappheit betroffen sein als ein der Mittelschicht und einer gesellschaftlichen Elite zugehöriger Mann. Obwohl die Begriffe manchmal so verwendet werden, als seien sie etwas, das einer Person oder Gruppe inhärent ist, sind Vulnerabilität und Resilienz soziale Konstrukte und das Ergebnis diskriminierender sozialer Normen, ausgrenzender Praktiken und der gesellschaftlichen Akzeptanz struktureller und direkter Gewalt.

Neuere Forschung hat zudem gezeigt, dass nicht nur Wassermangel, sondern auch Wasserüberfluss Konflikte beeinflussen kann. Aus Studien geht hervor, dass große Überflutungen die Intensität von bereits bestehenden bewaffneten Konflikten erhöhen können, die Wahrscheinlichkeit eines Konfliktausbruchs aber nicht negativ beeinflussen.<sup>11</sup> Ob und inwieweit ein Konflikt durch eine Überschwemmung beeinflusst wird, ist abhängig von verschiedenen Faktoren. Dazu gehören Missstände, die entstehen, weil eine Überflutung materielle Güter zerstört und Menschenleben gefordert hat, unzureichende Vorbereitung, verspätete und ineffiziente Hilfe und einseitige Wiederaufbaumühnungen durch politische Eliten sowie überschwemmungsbedingte Migration. Ob flutbedingte Unruhen auftreten, hängt dabei von mehreren Faktoren ab, etwa

davon, wie groß die Bevölkerung ist, ob ein demokratisches politisches System existiert oder ob ethnische Gruppen ausgegrenzt werden.

## KONFLIKTARTEN

Wenn von wasserbezogenen Konflikten die Rede ist, sind längst nicht nur kriegerische Auseinandersetzungen gemeint. Zwar konzentrierte sich die bisherige Forschung weitgehend auf bewaffnete Gewaltkonflikte, an denen mindestens eine organisierte Gruppe beteiligt ist und bei denen mindestens 25 Menschen kampfbedingt zu Tode kamen. Aber im Zusammenhang mit Wasser sind Konflikte niedrigerer Intensität, etwa politische Unruhen und Demonstrationen, sehr viel häufiger als bewaffnete Konflikte wie etwa Bürgerkriege. Gleichzeitig können politische Unruhen durchaus ein Treiber für sozialen Wandel sein, wie das Beispiel Tunesien illustriert. Dort wurde im Dezember 2010 die Selbstverbrennung des Straßenverkäufers Mohammed Bouazizi zum Auslöser für eine landesweite Protestwelle, die schließlich im Januar 2011 zur Abdankung des Präsidenten Zine El Abidine Ben Ali führte. Die Proteste hielten auch darüber hinaus an und waren Ausgangspunkt für einen Wandel hin zu einer neuen, demokratischen Verfassung, die 2014 verabschiedet wurde. Unruhen können jedoch auch Ausgangspunkt für bewaffnete Konflikte sein, wie das Beispiel Syrien zeigt.<sup>12</sup> Und nicht zuletzt kann ein gewaltfreier Konflikt ein Indikator für Missstände sein, die von politischen Institutionen und externen Mediator:innen, Friedensstifter:innen und Entwicklungshelfer:innen ernst genommen werden sollten.

Für beide Konfliktformen, bewaffnet und friedlich, gilt: Wasserbezogene Konflikte treten selten in einem politischen Vakuum auf. Dies gilt umso mehr, als der vergleichsweise geringe ökonomische Wert von Wasser und die Verfügbarkeit technologischer oder anderer Lösungen (zum Beispiel Wasserbeschaffung aus Tankwagen, Kauf von „virtuellem Wasser“ in Form von Nahrungsmitteln) bewaffnete Auseinandersetzungen um Wasser ineffizient machen.<sup>13</sup>

**09** Vgl. Nina von Uexkull et al., *Civil Conflict Sensitivity to Growing-Season Drought*, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 44/2016, S. 12391–12396.

**10** Vgl. Neil Adger, *Vulnerability*, in: *Global Environmental Change* 3/2006, S. 268–281.

**11** Vgl. Tobias Ide/Anders Kristensen/Henrikas Bartusevičius, *First Comes the River, Then Comes the Conflict? A Qualitative Comparative Analysis of Flood-Related Political Unrest*, in: *Journal of Peace Research* 1/2020, S. 83–97.

**12** Vgl. Jan Selby et al., *Climate Change and the Syrian Civil War Revisited*, in: *Political Geography* 60/2017, S. 232–244.

**13** Vgl. Jan Selby/Clemens Hoffmann, *Beyond Scarcity: Rethinking Water, Climate Change and Conflict in the Sudans*, in: *Global Environmental Change* 29/2014, S. 360–370.

## WASSER UND FRIEDEN

In den vergangenen Jahren hat sich zudem ein Forschungsfeld herausgebildet, in dem davon ausgegangen wird, dass Wasserverfügbarkeit nicht nur zu Konflikten führen kann, sondern auch Anreize für Kooperation bietet. *Environmental peacebuilding* kann als der Prozess definiert werden, durch den ökologische Herausforderungen, von denen (ehemalige) Parteien eines gewaltsamen Konflikts gleichermaßen betroffen sind, für den Aufbau dauerhafter Kooperation und Frieden nutzbar gemacht werden. Dies umfasst ein breites Spektrum an Initiativen, die meist von der Prämisse ausgehen, dass die beteiligten Gruppen lieber eine für alle Seiten vorteilhafte Kooperation eingehen als sich auf ein Nullsummenspiel einzulassen, bei dem mit hohen Verlusten zu rechnen ist.

Im Wesentlichen gibt es drei Wege des *environmental peacebuilding*: technisch, restaurativ und nachhaltig.<sup>14</sup> Der erste Weg zielt darauf ab, Knappheit und Degradation durch technische Lösungen zu reduzieren, die gemeinsam umgesetzt werden. Während dieser Weg Umweltprobleme und damit verbundene Kosten reduzieren und so die ökologischen Ursachen von Konflikten potenziell beseitigen kann, hat er tendenziell weniger Einfluss auf die breitere Friedensförderung, da er Kontakte zwischen den Konfliktparteien reduziert und Konflikte entpolitisiert. Zudem sind solche Initiativen nicht unbedingt nachhaltig, da sie langfristige lokale Kapazitäten und Prioritäten oft nicht genügend berücksichtigen.

Der zweite Weg basiert auf der restaurativen Dimension der Friedensförderung. Hier werden gemeinsame Räume geschaffen, um vergangenes Unrecht und „die Anderen“ als legitime Gesprächspartner:innen anzuerkennen. In Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit von Mensch und Umwelt bieten Umweltthemen eine Möglichkeit, positive Interaktionen zwischen Konfliktparteien zu fördern. Zum Beispiel können alternative, neutrale Räume geschaffen werden, in denen sich Konfliktparteien über gemeinsame Werte austauschen und gegenseitige Stereotype abbauen können.<sup>15</sup> Langfristig kann

ein solcher Umweltdialog Verhaltensweisen und Wahrnehmungen verändern und so eine Anpassung der Politik erwirken.

Die dritte Richtung des *environmental peacebuilding*, die nachhaltige ökologische Friedensförderung, setzt an den Ursachen potenzieller Konflikte an, indem sie auf eine gerechte Ressourcenverteilung als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Frieden fokussiert.<sup>16</sup> Basierend auf ausgeglichenen Machtverhältnissen können gemeinsame Bewirtschaftungssysteme etabliert werden, wenn Parteien die Übertragung eines Teils ihres Einflusses an das Kollektiv akzeptieren.

Die Formen der umweltbezogenen Friedensarbeit reichen also von technischer Zusammenarbeit und bewusster Depolitisierung über die Schaffung neutraler Interaktionsräume zum freien Austausch bis hin zu Common-Pool-Ressourcenmanagement, bei dem alle Beteiligten in gleicher Weise und mit gleichen Rechten einbezogen sind. Für erfolgreiches *environmental peacebuilding* in wasserbezogenen Konflikten müssen somit verschiedene Faktoren berücksichtigt werden. Dazu gehören Aspekte wie die tatsächliche oder wahrgenommene Verfügbarkeit von Wasser, individuelle Interessen von Konfliktpartei:innen sowie bestehende Machtasymmetrien zwischen ihnen. Aber auch gemeinsame Werte und ökologische Interdependenzen zwischen Konfliktparteien über politische Grenzen hinaus, etwa in grenzüberschreitenden Wassereinzugsgebieten, spielen eine Rolle. Zudem gilt es, Nutzen und Kosten dieser Friedensarbeit im Einzelfall zu überprüfen.

Ein direkter Nutzen kann die Reduzierung von Umweltproblemen, etwa Wasserverschmutzung, mehr Sicherheit im Bereich der Wasserversorgung oder eine weniger ungleiche Wasserverteilung sein. Zudem kann die wiederholte Interaktion zwischen Konfliktparteien eine Gewohnheit der Kooperation fördern und Vertrauen aufbauen, das sich über sogenannte Spillover-Effekte in anderen Politikfeldern positiv niederschlagen kann. Und schließlich spielen auch externe Akteur:innen und Interessen im soziopolitischen Umfeld eine Rolle. Internationale Organisationen und politische Entscheidungsträger:innen, die für die Finanzierung von Projekten der ökologischen Friedensförderung zentral sind, wen-

<sup>14</sup> Vgl. Anaïs Dresse et al., *Environmental Peacebuilding: Towards a Theoretical Framework*, in: *Cooperation and Conflict* 1/2019, S. 99–119.

<sup>15</sup> Vgl. Tobias Ide, *Space, Discourse and Environmental Peacebuilding*, in: *Third World Quarterly* 3/2016, S. 1–19.

<sup>16</sup> Vgl. Alexander Carius, *Environmental Peacemaking. Environmental Cooperation as an Instrument of Crisis Prevention and Peacebuilding: Condition for Success and Constraints*, Berlin 2006.

den sich zunehmend der Umweltkooperation als potenziellem friedensfördernden Instrument zur Bewältigung ressourcenbedingter Konflikte zu.

Ein Beispiel für *environmental peacebuilding* in einem bestehenden Konflikt ist das „Good Water Neighbours Project“ im Jordanbecken, in dessen Rahmen elf palästinensische, neun israelische und acht jordanische Gemeinden jeweils mit einer benachbarten Gemeinde aus einem anderen politischen Lager verpartnert wurden. Die Tatsache, dass alle teilnehmenden Akteur:innen von den gleichen Wasserressourcen abhängen, wurde dann genutzt, um Dialog und Kooperation über nationale und politische Grenzen hinweg zu ermöglichen.<sup>17</sup>

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wasser und Konflikte sind eng miteinander verbunden, aber auf komplexere und kompliziertere Weise als in der Vergangenheit oft angenommen. Nachdem es in wissenschaftlichen und politischen Diskussionen lange um die Frage ging, ob Wasserknappheit zu Konflikten führt, beschäftigt sich die Umweltkonfliktforschung inzwischen sehr viel stärker mit den Bedingungen, unter denen Wasserverfügbarkeit für Konflikte eine Rolle spielen kann. Hier hat es eine erhebliche Differenzierung vor allem mit Blick auf mögliche kausale Verknüpfungen zwischen Wasserverfügbarkeit und Konflikten (direkt, indirekt, als Bedrohungsmultiplikator), verschiedene Arten von wasserbezogenen Konflikten (friedlich, bewaffnet) und die Rolle von Wasser für friedliche Konfliktlösung gegeben.

Selbst in einem schwierigen politischen Klima sind internationale „Wasserkriege“ unwahrscheinlich; während zwischenstaatliche Konflikte beobachtet werden müssen, ist ein breiteres Verständnis von innerstaatlichen wasserbezogenen Konflikten dringend notwendig, zumal diese in vielen Weltregionen wohl deutlich häufiger

vorkommen werden. Angesichts der Erderwärmung, des Bevölkerungswachstums sowie der zunehmenden globalen Ungleichheit wird der Druck auf die verfügbaren Wasserressourcen aller Voraussicht nach nicht nachlassen. Der überall steigende Bedarf trägt dazu bei, dass die Konkurrenz zwischen Stadt und Land, zwischen Staat und einzelnen Provinzen, zwischen ethnischen Gruppen und ökonomischen Interessen stetig zunimmt. Gleichzeitig variiert die Anpassungsfähigkeit von Staaten und Individuen an veränderte Umweltbedingungen stark – und mit ihnen regionale und lokale Konfliktwahrscheinlichkeiten und die jeweilige Fähigkeit, bestehende Konflikte effektiv zu bearbeiten.

Die ohnehin schwierige Lage wird durch den Mangel an adäquaten rechtlichen Instrumenten verschärft. Die UN-Gewässer-Konvention (UN Watercourses Convention) von 1997 war zwar ein Schritt in die richtige Richtung, doch letztlich braucht es ein internationales rechtliches Rahmenwerk für globale Wasserzuteilung (inklusive Grundwasser) mit fairen und verpflichtenden Wasserverteilungsprinzipien, um ein Gegengewicht zu den Machtasymmetrien zu schaffen, die in vielen Teilen der Welt eine gerechtere Verteilung verhindern.

Um akute Wasserkonflikte zu lösen und zukünftige Konflikte um Wasser zu vermeiden, ist zudem ein besseres Verständnis der Art und Weise notwendig, wie Wasser politisch instrumentalisiert werden kann. So sollten Diskursstrukturen aufgedeckt werden, die Sichtweisen fortschreiben, die vor allem nationalen Interessen folgen und Wasserkonflikte auf diese Weise verstetigen. Weiterhin hydropolitische Entscheidungen auf der Grundlage statischer politischer Grenzen zu fällen, wird nicht ausreichen.<sup>18</sup> Stattdessen gilt es, weiter Antworten auf die Frage zu suchen, wie Gesellschaften, Regierungen und Institutionen die Risiken reduzieren können, die Wasserkonflikte begünstigen, und wie bereits bestehende Konflikte gelöst werden können.

## CHRISTIANE FRÖHLICH

ist promovierte Soziologin mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung und wissenschaftliche Mitarbeiterin am GIGA Institut für Nahost-Studien in Hamburg. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen Gewaltkonflikte, Migration im Kontext politischer und ökologischer Krisen und Ressourcenknappheit. [christiane.froehlich@giga-hamburg.de](mailto:christiane.froehlich@giga-hamburg.de)

<sup>17</sup> Vgl. Nicole Harari/Jesse Roseman, *Environmental Peacebuilding, Theory and Practice: A Case Study of the Good Water Neighbours Project and in Depth Analysis of the Wadi Fukin/Tzur Hadassah Communities, Amman–Bethlehem–Tel Aviv* 2008; Friends of the Earth Middle East, *Good Water Neighbours – Final Program Report*, o.D. (2013), [www.globalwaters.org/resources/assets/good-water-neighbors-final-program-report](http://www.globalwaters.org/resources/assets/good-water-neighbors-final-program-report).

<sup>18</sup> Vgl. Tobias Ide/Christiane Fröhlich, *Socio-Environmental Cooperation and Conflict? A Discursive Understanding and Its Application to the Case of Israel and Palestine*, in: *Earth System Dynamics* 2/2015, S. 659–671.